

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 251-2014
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1173

Eingereicht am: 20.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP) (Sprecher/in)

Bühler (Cortébert, SVP)
Müller (Orvin, SVP)

Weitere Unterschriften: 16

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:



RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:

Schluss mit Bussendruck via Budget

Der Regierungsrat wird beauftragt, folgende Massnahme zu ergreifen:

- Bussengelder dürfen nicht mehr ins ordentliche Budget aufgenommen werden.

Begründung:

Weil der Kanton die Busseneinnahmen zur Aufbesserung der Finanzen budgetiert, wächst vor allem am Jahresende der Druck auf die Polizistinnen und Polizisten.

Anstatt sich prioritär auf die Präventionsarbeit und Kriminalitätsbekämpfung zu konzentrieren, werden Polizistinnen und Polizisten zum «Eintreiben» von Verkehrsbussen missbraucht. Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen sollen aber primär dort durchgeführt werden, wo sie die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen, und nicht dort, wo sie (wegen fragwürdigen Signalisationen) möglichst viele und hohe Bussen generieren. Diese Aufstockung der Anzahl Radargeräte und der vermehrte Einsatz der Polizei bei Verkehrskontrollen führen zu Bussen (versteckte Steuern)

in Millionenhöhe. Die Entwicklung des Budgetpostens «Fiskalische Erlöse und Bussen» von 2005 bis 2015 (wobei Bussen den grössten Anteil ausmachen) zeigt klar auf, wie die Polizeiarbeit immer stärker auf Verkehrskontrollen, anstatt auf Prävention und Kriminalitätsbekämpfung ausgerichtet wurde.

Jahr	Voranschlag/Budget
2005	12 870 000.--
2006	13 634 000.--
2007	14 624 000.--
2008	33 114 000.--
2009	32 114 000.--
2010	32 994 000.--
2011	35 724 000.--
2012	38 144 000.--
2013	41 512 000.--
2014	38 638 000.--
2015	38 638 000.--

Dabei wird vergessen, dass damit auch ein grosser bürokratischer Aufwand mit Kostenfolgen betrieben wird. Im Übrigen empfinden Bürgerinnen und Bürger die massiven Verkehrskontrollen und -bussen im Vergleich mit anderen Straftaten (zum Beispiel Diebstählen) als unverhältnismässig.